

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



## Anzeigen

werden die sechsgepaltene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontokonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 119.

Donnerstag, den 7. Oktober 1926.

19. Jahrgang.

Was du tust, wird auch sich strafen;  
Nur Arbeit kann den Lohn erwerben.  
Wer nicht gewacht hat, kann nicht schlafen;  
Wer nicht gelebt hat, kann nicht sterben.

## Das große Finanzgeschäft.

In den bevorstehenden Verständigungsverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland wird bekanntlich die Frage einer Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen zugunsten einer französischen Stabilisierungsanleihe eine große Rolle spielen. Es ist daher kein Wunder, daß sich die öffentliche Meinung aller Länder schon jetzt sehr eingehend mit diesem äußerst wichtigen Finanzgeschäft befaßt. Nach dem überwieghenden Urteil aller Sachverständigen können als Käufer der zur Zeit in den Händen der Reparationskommission befindlichen Reichsbahnobligationen lediglich die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, allein in Amerika scheint man von einer derartigen finanziellen Transaktion nicht viel wissen zu wollen. Zwar erklärt die amerikanische Regierung dieser Tage offiziell, daß die französischen Meldungen, die von einer kategorischen Weigerung Amerikas für den Verkauf deutscher Eisenbahnobligationen in Amerika sprechen, nicht zutreffen, gleichwohl betont sie aber schon jetzt, daß sie selbst keine Obligationen erwerben werde. Präsident Coolidge werde sich voraussichtlich dem Verkauf der Obligationen an amerikanische Privatpersonen weder widerlegen noch ihn direkt empfehlen. Im übrigen wird daran erinnert, daß der Schatzsekretär Mellon einst wie Präsident Coolidge der Ansicht seien, die Zeit zur Verwertung der Obligationen sei noch nicht reif. Die amerikanischen Bankiers sollten jedoch in dieser Angelegenheit freie Hand haben. Die Regierung halte die Mobilisierung der Obligationen nicht für eine einfache Handelstransaktion, sondern für ein Ereignis auf dem Gebiete der internationalen Politik, und Präsident Coolidge wünsche nicht, daß die amerikanische Regierung hierin verwickelt werde.

Wenn auch die Möglichkeit vorhanden ist, die Schuldverschreibungen an amerikanische Privatpersonen anzubringen, hat ein solches Vorgehen jedoch nicht viel Aussicht auf Erfolg, da es üblich ist, daß bei der Auslieferung ausländischer Anleihen die Regierung diese zur Kapitalanlage empfiehlt. Eine ausdrückliche Empfehlung oder auch nur eine Meinungsäußerung muß unter diesen Umständen natürlich große Wirkungen auslösen. Ohne die Mitwirkung der amerikanischen Regierung werden die deutschen Eisenbahnobligationen nicht mobilisiert werden können. Eine befriedigende Lösung dieser Frage muß daher unter allen Umständen angestrebt werden. Bisher haben wir aus Washington gemeldet, weder die deutsche Regierung noch die alliierten Regierungen den Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß sie irgendwie daran dächten, deutsche Eisenbahnobligationen in Amerika auf den Markt zu bringen. Doch dürfte es als ziemlich sicher gelten, daß sich Frankreich und Deutschland, bevor sie mit amerikanischen Finanzkreisen in Verbindung treten, zunächst mit der Washingtoner Regierung in Verbindung setzen werden. Auf jeden Fall aber wird, so wird in Washingtoner amtlichen Kreisen verächtlich, die amerikanische Regierung eine Finanzoperation dieser Art nur dann begünstigen können, wenn Frankreich zuvor das Schuldenabkommen ratifizieren werde.

Aber selbst wenn die Washingtoner Regierung diesen Widerstand aufgeben sollte, sind noch nicht alle Hindernisse beseitigt. In den New Yorker Finanzkreisen soll nämlich die beabsichtigte Unterzeichnung von zwei Milliarden Mark deutscher Eisenbahnobligationen auf starke Bedenken stoßen, und zwar nicht nur wegen der niedrigen Verzinsung mit 5 v. H., sondern vor allem Dingen auch wegen der augenblicklich wenig günstigen Aufnahmeplätze der in Frage kommenden amerikanischen Börsenplätze. Aber auch auf deutscher Seite werden allerhand Bedenken laut. So wurde auf der Leipziger Jahresversammlung des Verbandes deutscher Privatbankiers ebenfalls betont, daß die Platzierung eines so großen Betrages technisch kaum zu bewerkstelligen sein würde. Das größte Bedenken ergab sich aber aus der Tatsache, daß dieser Teil der mobilisierten Obligationen hinsichtlich der Verzinsung und Tilgung nicht mehr den wohnortnahen Transaktionsbestimmungen unterliegen

könnte, die sie gegenwärtig noch genießen. Die Gefahr einer weitreichenden Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz müßte eintreten, sobald der Reparationsagent selbst die Hebertragung dieser Summe von sich aus nicht vornehmen würde.

Alle diese Voraussetzungen müssen sehr eingehend geprüft werden, wobei im Vordergrund aller Erwägungen natürlich stehen wird, ob die Gegenleistungen der Franzosen unseren Anstrengungen entsprechen, sodaß wirklich mit großen dem Reich und seiner Wirtschaft dienenden politischen und wirtschaftlichen Erleichterungen gerechnet werden kann.

## Kirche und Auslandsdeutschtum.

Ministerreden im Gustav-Adolf-Verein.  
An der öffentlichen Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Düsseldorf nahmen u. a. auch die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Kallig teil. Dadurch erhielt die Tagung ein besonderes Gepräge.

Nach der Eröffnung durch den Universitätsprofessor Dr. Kendorff-Kelbig erhielt das Wort Reichsinnenminister Dr. Kallig, der in einem breitangelegten Vortrag auf die Wesensverbundenheit der Arbeiten des Völkerverbundes und beispielsweise der Stockholmer Weltkirchenkonferenz hinwies.

„Beide Bewegungen seien durch den fürchtbaren geistigen Zusammenbruch hervorgerufen worden, der eine der schwersten Folgen des Weltkrieges war.“

Die Welt habe viele Kriege gesehen; was aber diesem Krieg seine fürchterliche Note gegeben habe, sei das, daß er kein nur militärischer oder wirtschaftlicher, sondern unter Ausnutzung aller Menschrechte auf privates Eigentum sowohl als auch auf geistiges Dasein geführt worden sei. Auch seien unterirdische Kräfte gegen die Rückkehr der Menschheit zu Achtung seiner Grundrechte wirksam. Nach heute werden Deutsche von der kolonialen Mitarbeit in Übersee ausgeschlossen, nach heute werden deutsche Bauern von deutschen Ackerbauern vertrieben, nach heute werden Schulen, Kirchen und Anstalten unserer deutschen evangelischen und katholischen Glaubensgenossen bedrückt.

Siehe Nachdenken des Weltkrieges und der Verrechnung des deutschen Volkstums durch den Verfall der Weltkraft lassen auf den Gemütern von Millionen Auslandsdeutschen. Das schicksalsschwere Wort von der Minderheit überträte alles, was wir einst unter Disparitäten verstanden. Daher sei es Wille und Ziel der Reichsregierung, innerhalb der eigenen Grenzen seine berechtigte Lage relativ oder voll heiliger Minderheiten unbereinig zu lassen. Wir denselben Willen aber fordern Reich und Volk für sich das Recht, allen Volksgenossen im Auslande die helfende Hand zur Wahrung ihres Kultur- und Glaubensstandes zu bieten.“

Der Minister drückt dann seine Genugtuung darüber aus, das Auslandsamt des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und seine Stütze, den Gustav-Adolf-Verein, nach besten Kräften antilich fördern zu können und fährt fort:

Es freut mich sehr auf dem Herzen, Ihnen in dieser Stunde ausdrücklich zu erklären, daß die Reichsregierung Ihre Arbeit an Gunsten der deutschen evangelischen Minderheiten als eine vollberechtigte, mit feinen politischen Interessen widererleidend, jeder fremden Staatsmacht gegenüber als loyal vertretbare Arbeit ansieht.

Nedner weist dann darauf hin, daß die Reichsregierung selbstverständlich beiden Konfessionen zur Seite steht, denen ja auch der Verein für das Deutschtum im Auslande dienbar sei. Ueberdies sei ja auch der Reichskanzler Ehrenvorsitzender des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Ausführungen dankte

Dr. Stresemann

dem Verein für die in sieben Jahrzehnten für das Deutschtum im Auslande geleistete Arbeit.

Danach erstattete der Generalsekretär des Vereins noch den Jahresbericht.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. Oktober 1926.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung tritt das Gesetz über die Wertbeständigkeit der Einfuhrschemine am 10. Oktober außer Kraft.

In Berlin ist der preussische Staatsrat zu einem längeren Tagungsbisshin zusammengetreten. Die preussische Regierung erjuht den Staatsrat um ein Gutachten über einen Gesetzentwurf, durch den der oberste Eisenindustrie 19 Millionen Kreder die bewährt werden sollen.

Das preussische Unterrichtsministerium hat dem Professor Schüding einen Lehrauftrag für die geschichtliche Entwicklung der internationalen Friedensbewegung erteilt.

Der sächsische Landtag hat die Regierungsvorlage zur Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes einstimmig angenommen.

Auf der Eklobertragung der internationalen Städtevereinigung in Düsseldorf stellten die deutschen Kommunalverbände ihren baldigen Beitritt in Aussicht.

In Goslar sind 250 Vertreter der preussischen höheren Mädchenschulen zusammengekommen, um zu brennenden Tagesfragen Stellung zu nehmen.

**Tausend Vorschläge zur Einheitsflagge.** Im den Flaggenfreit, der bei der Flaggenverordnung des Kabinetts Luthers für die deutschen Auslandsmissionen erneut in Erscheinung getreten war, aus der Welt zu schaffen, hatte der Reichspräsident seinerzeit die Schaffung einer Einheitsflagge vorgeschlagen. Zur Bewirkung dieser Anregung soll der Reichstag auf Wunsch der Reichsregierung nach seinem Wiederzusammentritt einer Kommission aus 50 Mitgliedern, der aus Vertretern aller Parteien, aus Künstlern, Heraldikern und Kunstfachverständigen zusammengesetzt sein wird. An Entwürfen ist kein Mangel. Sind doch nicht weniger als tausend Vorschläge eingereicht worden, von denen 40 in die engere Wahl kommen.

**Einigung mit den Hohenzollern?** Wie bestimmt verlautet, sind die zwischen dem preussischen Finanzministerium und dem Vertreter der Familie Hohenzollern gepflogenen Verhandlungen jetzt zu einem gewissen Abschluß gebracht worden. Es ist beabsichtigt, die parlamentarische Erledigung dieser Frage in Preußen spätestens bis zum Zusammentritt des Reichstags, Anfang November, durchzuführen. Nach dem in Aussicht genommenen Vergleich sollen die Hohenzollern 250 000 Morgen Land und eine Varentschädigung von 15 Millionen Mark erhalten. Der albrechtinischen Linie will man 60 000 Morgen Land zuerkennen. Die Faktionen des Preussischen Landtags sind von dem Finanzminister über den Stand der Dinge in vertretlicher Sitzung unterrichtet worden.

**Die Arbeiten der Femeauschüsse.** Im Femeauschuss des Preussischen Landtags wurde das Protokoll über die Auslage des Abg. Jaghte verlesen, der seine früheren Behauptungen aufrecht hält und bekräftigt, mit der Feme etwas zu tun zu haben. Darauf wurde in der Vernehmung des Zeugen Wurler fortgesetzt, der zugibt, daß bei seiner Verhaftung Zeichnungen des Innenministeriums vorgefunden wurden. Eine weitere Auskunft lehnte der Zeuge ab. Darauf hörte der Ausschuss noch einmal den Kunstgewerber Schmidt. — Der Femeauschuss des Reichstags, der zur Aufklärung der Femeermorde in der bayerischen Einwohnerwehr nach München übergeführt war, hat dort seine Arbeiten bereits begonnen. Bei der Vernehmung des Oberpostrats Dr. Gieseler erklärte dieser, die Einwohnerwehr sei aus der Not der Zeit heraus entstanden. Sie habe der Regierung bei der Erfüllung ihrer Aufgabe helfen wollen und nie ihre Befugnisse überschritten. Wenn man ihr Femeermorde an die Kollische hängen wolle, sei das aus der Luft gegriffen.

## Rundschau im Auslande.

Brund und Chamberlain sollen sich bei ihren Partier Besprechungen geeinigt haben, eine neue Tangarokonferenz abzulehnen.

Mussolini hat dem französischen Botschafter gegenüber den Wunsch nach einer baldigen Aussprache mit Briand auf italienischem Boden ausgedrückt.

Nach Mittermeldungen hat Mussolini in Livorno gekündigt, bei einer Neuorientierung der Kolonialmandate werde Italien die frühere deutsche Togo-Linie fordern.

In Dänemark soll eine chinesische Geheimfellelschaft gebildet worden sein, die 100 Dollars Belohnung für jeden englischen Staatsangehörigen aussetzt, der ihr lebend ausgeliefert wird.

## Baldige Einberufung des französischen Parlaments.

Die Ferien des französischen Parlaments gehen ihrem Ende entgegen. Bei einer Unterredung mit dem Präsidenten der Finanzkommission, die ihre Arbeiten bereits aufgenommen hat, erklärte Briand, das Parlament am 26. Oktober oder 4. November einberufen zu wollen. Es ist vorausgesetzt, daß die nächsten Wochen heftige parlamentarische Kämpfe bringen werden, besonders im Zusammenhang mit den betragenen Expeditionsmaßnahmen der Regierung. Die einzige Frage, die Briand gefährlich werden kann, ist nach wie vor die Schuldentage, deren Schlichtungsmöglichkeiten in der Ferienzeit sich keineswegs verringert haben. Von einer Erleichterung des jetzigen Kabinetts kann jedoch nicht gesprochen werden.

**Die Arbeit der russischen Eskala.**

• Zu der bevorstehenden Konferenz der russischen kommunistischen Partei veröffentlicht die Eskala, die jetzt einen neuen Namen — G. P. U. — erhalten hat, einen Bericht, in dem gesagt wird, daß sich die bolschewistischen Verbände in Russland in der letzten Zeit häuten und daß die physikalische Basis dafür in der Arbeit der Opposition zu suchen sei. Es sei angebracht, energisch gegen die Tätigkeit der oppositionellen Bewegung vorzugehen. Nach dem Bericht wurden im September 144 Aufsätze und Mitteilungen verfaßt, denen 97 Menschenleben zum Opfer fielen. 26 Fälle wurden aufgeführt und im Zusammenhang damit 807 (1) Personen verhaftet. 57 der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Wenn die Stärke der innerrussischen Opposition auch nicht überschätzt werden darf, verdient es doch Beachtung, daß jetzt sogar eine wachsende Unterdrückung der Partei, der Parteiarbeit im Gouvernement bleibt, eine gegen die zentrale Parteileitung gerichtete Entschleunigung angenommen und den Rücktritt des Direktors Stalin verlangt hat.

**Grzesinski Innenminister.**

Seberings Rücktrittsgesuch genehmigt. Untilch wird mitgeteilt: Der preussische Minister des Innern, Sebering, hat den preussischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erschlüpferte Gesundheit von seinem Amte zu entbinden. Ministerpräsident Brauns hat sich den vom Minister des Innern vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, Mitglied des Landtages, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.



**Der neue Innenminister Grzesinski.**

Der neue Innenminister, Albert Grzesinski, wurde am 28. Juli 1879 in Treptow an der Tollense (Pommern) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Spandau lernte er in Berlin von 1893 bis 1897 den Beruf eines Metallbildners und ging dann auf die Wanderschaft. Im Jahre 1906 wurde er Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenbach und 1907 in Kassel. Er wurde dort schließlich zum Stadtverordnetenratsvorsitzer gewählt, außerdem war er Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Kassel. Nach dem Zusammenbruch wählte man ihn zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates für den Regierungsbereich Kassel. Grzesinski nahm auch an den beiden Nationalräten der deutschen Republik teil. Seit Juni 1918 war er Unterstaatssekretär im preussischen Kriegsministerium. Bald darauf machte ihn Rostke zum Reichskommissar und Leiter des Abwidlungsamtes. 1921 wurde er zum Landtagsabgeordneten gewählt und am 1. November 1922 wurde er Oberregierungsrat im preussischen Innenministerium, bis Sebering ihn im Mai 1925 zum Berliner Polizeipräsidenten ernannte.

Grzesinski's Nachfolger im Berliner Polizeipräsidenten. Wie verlautet, ist der Kölner Polizeipräsident Karl Kötter, der amnuntiaria anlässlich der Be-

litzenausstellung in Berlin weit, zum Nachfolger des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski aussersehen. Kötter, der ebenfalls der Sozialdemokratischen Partei angehört, steht im 48. Lebensjahre. Ursprünglich Bäcker, war er dann längere Zeit in der Gewerkschaftsbewegung tätig, wurde Landtagsabgeordneter und war bis zum Eintritt seines Amtes als Kölner Polizeipräsident Reichstagsabgeordneter. Zum Polizeipräsidenten in Köln wurde er im September 1922 ernannt. Während der Besetzungszeit hatte er mit den englischen Behörden in reibungsloser Zusammenarbeit ein erträgliches Verhältnis im Interesse der gesamten Bevölkerung zu erzielen. Nach dem Abzug der Besatzung leitete er die Umbildung der Kölner Polizei, die durch mehrere Schupo-Hundertschaften aus den übrigen Teilen Preußens verstärkt wurde.

**Dankschreiben Brauns an Sebering.**

Auf das Rücktrittsgesuch, in dem Minister Sebering die Gründe darlegte, aus denen er um Enthebung aus seinem Amte bat, hat Ministerpräsident Brauns namens des Staatsministeriums mit einem Schreiben geantwortet, in dem er sich tiefes Bedauern darüber auspricht, daß der Minister durch seine schwer erkrankte Gesundheit gezwungen werde, sein Amt niederzulegen, das er sechs Jahre hindurch mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit unter Einsetzung seines reichen Wissens und Könnens erfolgreich geführt habe. Was der Minister in dieser bewegten Zeit für die innere Befriedigung Preußens und damit auch des Reiches, für den Auf- und Ausbau der neuzeitlichen Verwaltung und für die Festigung der Staatsautorität mit unermüdlicher Fleißarbeit in zähen andauernden Kämpfen unter Einsetzung seiner ganzen Person geleistet habe, gebühre der Geschichte an. Namens der Staatsregierung spricht der Ministerpräsident dem scheidenden Minister für die dem Vaterlande in schwerster Zeit geleisteten unsägbaren Dienste herzlichen Dank aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß einige Zeit der wohlverdienten Ruhe ihm seine Gesundheit wiederbringen werde.

Der bisherige Innenminister Sebering gedankt sich zunächst nach Tilsit zu begeben und wird sich dann erst schlüssig werden, ob er weitere Erholung im Süden suchen werde oder nicht. Nachdem die Entscheidung über seinen Nachfolger getroffen worden ist, dürfte auch die weiteren durch seinen Rücktritt aufgeworfenen Personalfragen bald gelöst werden. Zum Nachfolger des ausscheidenden Staatssekretärs im preussischen Ministerium des Innern, Meißner, wird voraussichtlich Ministerialdirektor Abegg ernannt werden.

**Entlassungsgesuch Seecats.**

Wegen der Beteiligung des Kronprinzensohnes an den Reichswehrübungen. Wie bestimmt berichtet wird, hat Generaloberst v. Seecat dem Reichspräsidenten von Hindenburg sein Entlassungsgesuch überreicht.

In politischen Kreisen bringt man diesen aufsehenerregenden Schritt des Chefs der Reichswehr damit in Verbindung, daß General v. Seecat von der vorübergehenden Beteiligung des ältesten Kronprinzensohnes an den Herbstmanövern der Reichswehr bei Münzingen in Württemberg gewußt, den Reichswehrminister Dr. Geßler aber davon nicht in Kenntnis gesetzt haben soll.

**Geßler bei Hindenburg.**

Bei der gleichen Angelegenheit hat der Reichspräsident, der am Dienstagabend von seinem kurzen Erholungsurlaub auf dem Lande nach Berlin zurückgekehrt ist, am Mittwochvormittag einen Vortrag des Reichswehrministers entgegengenommen. Dem Vernehmen nach soll Dr. Geßler nicht genügt sein, das Verhalten der für die Teilnahme des Kronprinzensohnes an den Reichswehrübungen verantwortlichen Stellen zu bedenken. An der heutigen Ra-

Da überfluteten die Wogen der Angst in Muthe die Vernunft. Sie schrie in langen, schrillen Tönen gellend auf. Und lief zum Flur.

Türen wurden dort geöffnet. Erschrockene Menschen streckten ihren Kopf hervor. Ein paar Herren — leicht belledet traten fragend zu ihr.

Muthe achtete auf nicht, daß sie sich im langen, weißen Hemde vor fremden Blicken zeigte. . . daß ihr langes, blondes Haar gelöst sei. Schreiend lief sie zu der Brecht'schen Tür. Sie klopfte. Schlag die Tür mit Häufen.

Nun kam Brecht. „Es spulte wieder!“ schrie sie. „Maria hat der Schreck erschlagen.“

„Was . . .?“ „Sie liegt wie tot.“ „Brecht lief vor ihr her. Muthe folgte. Menschen drängten nach. Man umflüsterte Marias Bett. Maria lag noch immer starr und steif.“

Aus der Schar der Menschen löste sich ein Arzt. Er war an Marias Bett getreten . . . hatte Herz und Puls befühlt . . . sich dann gewendet . . . energisch und bestimmt den Zubringlichen gewiehet.

Er schloß die Tür. Unter seinen Händen schwand Marias Starblich mähtlich. Sie begann zu zittern. Aus dem Zittern wurden zuckende Bewegungen von Arm und Bein. Sie fiel in Krämpfe.

Es sah schlimm aus, wie der junge Körper sich dort bog und krampfte. Muthe konnte es nicht sehen. Sie hatte ihr Kleid übergeworfen und sich abgewendet. Sie sah auf einem Stuhl am Fenster und weinte vor sich hin.

Maria lag nun still. Sie war in einen tiefen Schlaf gesunken. Der Arzt wendete sich und winkte Brecht. „Sie wird nun schlafen. Wer bleibt bei ihr?“ „Ich,“ sagte Brecht. „Und wenn weibliche Hilfe notwendig ist, meine Hausdame, Frau Dr. Katjen.“

**Die Schuld der Muthe Rathjen**

Roman von Fred Nelius

Urheberrechtsschutz durch Oskar Mellier, Werdau.

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Noch nicht lange hatte sie gelegen, da erstarre ihr das Blut. Wie in Elbing — Klang ein zweimaliges, scharfes, kurzes Pochen an der Tür. Und noch während sie von Schreck gelähmt, auf dieses Spußglocke laufte, huschte der Fretton von der Tür zur Wand. Klang wie Hammer Schlag von dort. Wechselte den Ort. War unter ihrem Bett. Sprang zum Schrank. Bald war schier das ganze Zimmer von den Schlägen dieses Teufelhufes voll . . .

„Acht!“ schrie Maria röchelnd. „Hilfe! Licht!“ Muthe drehte den Kontakt. Licht flammte auf. Unplötzlich blieb das Klopfen aus. Das Hotelzimmer lag so still und arglos da, als habe sich dort nie etwas geschehen.

Muthe sprang, an allen Gliedern zitternd, aus dem Bett. Sie sah mit Augen, in denen die Vernunft zu löschten drohte, um sich. Ihr Blick fiel auf Maria. Neues Graufen trallte in ihr Herz.

Maria lag wie tot. Das Gesicht verzerrt. Das Auge starr. Wachsartig bleich. Wachsartig, wie im Blitz erstarret. Der verstrampfte Mund war offen. Die rechte Faust hand stiel zur Höhe.

„Barmherziger Gott!“

„Maria,“ schrie sie. „Maria, was ist mit Ihnen? Neben Sie. Um Jesu Barmherzigkeit willen, sind Sie trant?“

Aber Maria lag wie eine tote . . .

Eintrittsitzung, die unter Leitung des weinanzlers stattfinden wird, dürfte die Angelegenheit unfähig behandelt werden. Die ebnlängliche Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Rücktrittsgesuchs Seecats liegt beim Reichspräsidenten.

**General Reinhardt — Seecat's Nachfolger?**

Als voraussichtlicher Nachfolger des Generals Seecat wird General Reinhardt, der Führer des Genspennkommandos II in Kassel, genannt.

**Schluszdienst.**

Fraktion und Hohenzollernabfindung. — Berlin, 7. Oktober. Von den preussischen Landtagsfraktionen hat die demokratische Fraktion den neuen Abfindungskompromiß bereits zugestimmt und Fraktionszwang beschlossen. Zentrum und Deutsche Volkspartei haben noch keine Stellung genommen und Deutschen aber keine Schwierigkeiten machen. In der Fraktion der sozialdemokratischen Fraktion hat Ministerpräsident Braun eine seltene Erlebigung der Angelegenheit empfinden.

Selbstkilling des „Peltkan“-Kapitäns. — Hamburg, 7. Oktober. Beim heutigen Zusammenkunft hat sich der Kapitän der 40-Tonnen-Kanone „Peltkan“, die aus der reifen Spiritusmuggelmaschine her bekannt ist, selber gestellt. Er befindet sich nicht vor noch auf freiem Fuß. Vielleicht hat der Kapitän gar nicht einmal gewußt, daß es sich um eine verbotene Ladung handelte, und daß er nun auf eine der Dreizehntage etwas von der Spritladung abgegeben hat, was nicht unter Strafe steht. Der „Peltkan“ ist inzwischen beschlagnahmt worden.

**Landtagsbeginn in Preußen.**

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag. — Berlin, den 6. Oktober 1924. Der preussische Landtag ist nach den Sommerferien in Berlin wieder zusammengetreten. Präsident Bartsch eröffnete die Sitzung und teilt mit, daß Minister Sebering zurückgetreten und der Abg. Grzesinski, der bisherige Berliner Polizeipräsident zum Innenminister ernannt worden sei. Die Kommunisten, deren Eröffnung sie bereits in der ersten Sitzung eines Ordnungsruks ausließ, stellen verschiedene Anträge und fordern u. a. das Staatsministerium ein sofort über die Verhandlungen mit dem Hohenzollernabfindung Bericht zu erstatten. Weiterhin haben sie einen Mißtrauensantrag gegen die preussische Regierung eingebracht, über den die Abstimmung jedoch frühestens in zwei Tagen stattfinden kann. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird auch die Ausschüsse überwiefen. Darauf werden die Debattemomente bis höchstens am ersten Tage nur geringe Zeit in Anspruch nehmen, verlag. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht u. a. die Erwerbslosenfürsorge.

**Sport.**

22 Adelung Cobhams. In Anerkennung seines erfolgreichen Fluges nach Australien wurde, wie man aus dem Bericht, der Flieger Alan Cobham in den Weltland erobert.

22 Deutsche Tennispieler in Meran. An dem viertägigen Tage beginnenden internationalen Tennisturnier zu Meran nimmt, wie alljährlich, auch diesmal wieder eine ganze Reihe deutscher Tennispieler und -Tennisspielerinnen teil. Die Meldung haben abgegeben Demofis, Mollenhagen, von Hanneemann, sowie die Damen Kl. Augusten, Frau Ardenleben und Frau Neppach, also die drei besten deutsche Spielertinnen.

22 Dr. Peltker am nächsten Sonntag in Wien. Wie aus Stettin verlautet, wird Dr. Peltker am kommenden Sonntag bestimmt in Wien an den Start gehen. Er wird in der Pause des Winterspiels Oesterreich-Schnee 1000-Meter-Worgabelaufen betreiben, an dem unter Umständen auch der Schweizer Paul Martin teilnehmen wird.

Muthe kam. Sie meinte immer noch. Ihre leuchtenden blauen Augen glänzten groß und febernd über dunklen Ringen. Sie sah rührend hilflos und verängstigt aus.

„Erzählen Sie,“ befahl der Arzt. „So sprach denn Muthe. Von Marias spigen Neben vor dem Schlafengehen . . . von ihren Blicken . . . wie sie Muthe — sich davon bedrängt gefühlt und was sie gelöst habe . . . wie das entsehlliche Pochen aufgelaufen sei, hier — da — schier überall . . . wie Maria röhrend Hilfe schrie und wie Muthe sie dann starr und totenzugleich fand.“

Brecht, über den Vorfall schwer erregt, getrieben von dem Wunsche sich endlich zu erleichtern, ergänzte Muthe's Schilderungen. Er erzählte von den Nachtereignissen in Elbing und fragte:

„Was kann das alles sein?“ „Achselzucken . . . ein langer, flummer Seelenstörcher auf Muthe. Dann der Arzt.“

„Nervensymptome . . . vielleicht spiritistischer Betrug . . . vielleicht hypnotischer Prozeß . . . Massenuggestion. Wie weiß es? Was Sie mir da sagen, klingt kaum zum Glauben. Der Hypsiater — und womöglich noch der Staatsanwalt — werden den Fall zu prüfen und schließlich auch das letzte Wort zu sprechen haben.“

„So . . .“ röhnte Brecht. „Das sind allerdings Gesichtspunkte die mich überraschen. Und der Anwalt deutet Katalapxie — Starrfucht. Ihre Tochter scheint mich schwer hysterisch. Was den Anfall hervorgerufen hat, läßt sich vorläufig nicht entscheiden. Vielleicht auch hier Epileptikose . . . vielleicht Angst und Schreck . . .“

„Dante,“ sagte Brecht. „Ich wag' bei ihr.“ Die Herren gingen auf den Flur. Muthe hörte sie dort langsam und leise mit einander reden. Sie hatte das Gefühl, irgend etwas Feindliches gegen sie sei im Komplot. Aber dieses Gefühl löste kaum noch den Gedanken der Befragten. Sie fähig, sich zu orientieren, lag über ihrem Hirn ein dumpfer, weher Druck.

Brecht kam zurück. (Fortf. folgt)



